



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 4
9. Jahrgang

17. Februar 1941

Hitler verspricht:
Wer brav ist, kommt ins Armenhaus

(ITF) Angst um die Existenz wühlt Deutschland auf - Krieg wühlt die Massen auf. Auch in Deutschland hat er die politische Erstarrung aufgelockert. Die Diktatur spürt, wie in den Massen die Existenzangst, die Furcht vor dem Morgen wächst. Die Diktatur unspannt mit Gestapo und Konzentrationslager das Volk, seit 7 Jahren kann in Deutschland jeden Augenblick die Gestapo an jede Wohnungstür klopfen und ihr Opfer im Gefängnis oder Konzentrationslager verschwinden lassen. Viele fügen sich in der Hoffnung, dass das Verhängnis an ihnen vorbeigeht. Seitdem die Kriegsmaschine auf vollen Touren läuft, hilft auch angstliches Gehorchen nicht, denn an jedem Arbeitsplatz kann jeden Augenblick ein Beamter des Nazi-Arbeitsamts auftauchen und Arbeiter oder Arbeiterin zur Zwangsarbeit "dienstverpflichten" --- nicht erst seit Kriegsbeginn, sondern schon seit Jahren!

Solange in Deutschland nur mit einem kurzen kriegerischen Spaziergang gerechnet wurde, wurde das hingenommen. Aber schon im ersten Kriegswinter zeigte sich spontane Auflehnung. Das Nazisystem hat hellhörig in dieser Ernüchterung den Beginn einer Unzufriedenheitswelle erkannt, die der ähnelt, die die kapitalistische Republik erschütterte und den Aufstieg der Nazis ermöglichte. Verlorener Krieg und Inflation hatten damals den Mittelstand der in Generationen ersparten Rücklagen beraubt, Wirtschaftskrise und Massenerwerbslosigkeit liessen Millionen Arbeiter verzweifeln. Der Glaube, dass das kapitalistische System ihnen noch eine Zukunft geben könnte, war erschüttert.

Der Nationalsozialismus hat versucht, in den Massen die Hoffnung zu erwecken, dass ein nationalsozialistisch regulierter Kapitalismus ihnen die Existenzsicherheit verbürge, nach der sie sich sehnten. Es hat Jahre gedauert, bevor in breiten Kreisen dieses Zukunftsgegaukel seine Anziehungskraft einbüsste, bevor grosse Teile der zur Zwangsarbeit verschickten Erwerbslosen von gestern erkannten, dass ihnen Nationalsozialismus nur die Sicherheit der Lohnsklaverei geben konnte. Der Krieg hat die Ernüchterung beschleunigt.

Versprechungen - Im ersten Kriegswinter, als in den deutschen Grossstädten Kohlen und Kartoffeln umkämpfte Kostbarkeiten waren, versuchte die Nazidiktatur, die alten Hoffnungen neu zu beleben: Ihr lebt in Sorge um das Morgen, gab Hitler zu, aber ich werde Euch für Euer Opfer belohnen. Ich werde "eine umfassende und grosszügige Altersversorgung" schaffen (Brief Hitlers an Dr. Ley, vom 15.II.40.). Wieder sollte die Hoffnung auf einen gesicherten Lebensabend die Existenzangst betäuben.

Oslo fiel, dann Amsterdam, Brüssel und schliesslich Paris. Die Nazipropaganda mit der Altersversorgung verstummte. Die Diktatur erwartete einen Siegestaumel, der ihr weitere Versprechungen ersparen könnte. Aber London beugte sich nicht. Britische Arbeitervertreter, deren Wort auch heute in Deutschland gilt, traten in die Regierung der europäischen Verteidigung gegen das Hakenkreuz. Es gab keinen Siegesrausch in Deutschland. Mit Beginn des zweiten Kriegswinters begann denn auch die Deutsche Arbeitsfront ihren Propagandafeldzug von neuem.

Mit sechs langen Artikeln, die durch die deutsche Presse gingen, leitete Dr. Ley diesen Propagandafeldzug ein: "Millionen leben von der Hand in den Mund; morgen schon sind sie vielleicht gezwungen, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, dienstverpflichtet zu werden". Ihr fürchtet Euch vor dem Alter, wenn Ihr als schwache, unbrauchbare Arbeitskraft

"mit unzulänglichen Renten" auf den Tod warten müsst. Wir versprechen Euch Rettung, wir versprechen Euch "Sicherheit und Geborgenheit", allerdings - erst "nach dem Sieg".

Diese Generation, erklärt Ley, muss "mit bescheidenen Lebensbedingungen zufrieden" sein, sie muss sich auf die Zukunft vertrösten lassen und "der Schaffende, den ich zur höchsten Leistungssteigerung antreiben muss, um all die Aufgaben zu lösen, muss wissen, dass er im Alter oder bei unverschuldeter Not versorgt ist, damit er weiss, für was und für wen er arbeitet".

Helfen Versprechungen für die Zukunft über den dunklen Alltag des Dritten Reiches hinweg?

Taten - Die deutschen Arbeiter haben erfahren, was Nazi-Versprechungen wert sind.

Die Altersrenten, die die deutschen Arbeiter von der Sozialversicherung erhalten, waren stets sehr niedrig. Durch die Währungsabwertung, durch die die kapitalistische Republik die innere Kriegslast beseitigte, war das Vermögen der Rentenversicherungen der deutschen Arbeiter und Angestellten vernichtet worden. Aus der Steuerkasse wurde später nur ein teilweiser Ausgleich für das im Kriege des Kaisers verpulverte Vermögen gezahlt. Die Versicherung war bankrott. 1926, 3 Jahre nach der Inflation, betrug die monatliche Invalidenrente im Durchschnitt noch nicht 25 Mark. Die Gewerkschaften aber haben im zähen Kampf eine Erhöhung der Renten durchgesetzt. Der Durchschnittsbetrag der Invalidenrenten stieg von 24,92 Mark (1936) auf 36,40 (Mitte 1930). Die im ersten Quartal 1931 neu festgesetzten Invalidenrenten der männlichen Arbeiter betragen im Durchschnitt bereits monatlich 47,23 M. Das war jammervoll wenig, doch die Sozialreaktion wollte die Renten senken. Die Wirtschaftskrise gab ihr dazu die Möglichkeit.

Die Nazis vergossen damals, genau wie heute, Krokodilstränen: "Ein verantwortungsbewusster Staat hätte es niemals zulassen dürfen, dass die jämmerliche Lebenshaltung der Aermsten der Armen weiter gedrückt werde", liess Dr. Goebbels Ende 1932 erklären. Aber dann hatten die Nazis die Macht und sie nutzten sie; allerdings nicht zur Erfüllung ihrer Versprechungen, sondern zur weiteren Verschlechterung der jämmerlichen Lebenshaltung der Aermsten der Armen!

Die neu festgesetzten Invalidenrenten liegen heute 40 bis 49% niedriger als 1931. +) Arbeiter, die 20 Jahre in der niedrigsten Lohnklasse Beiträge gezahlt haben, erhalten als Rente statt 25 Mark nur noch 12,60 Mark. Unter Hakenkreuzherrschaft erhalten invalide Arbeiter nur Almosen.

Willkür und Rechtlosigkeit - Die Nazis haben (am 21. Dezember 1936) der Reichs-Versicherungs-Ordnung den folgenden Par. 615a eingefügt: "Die (Sozialversicherung-)Rente ruht, wenn der Berechtigte sich nach dem 30. Januar 1933 in staatsfeindlichem Sinne betätigt hat". Als staatsfeindliche Betätigung gilt schon die Verweigerung des Hitlergrusses, als Staatsfeind gilt schon, wer den Naziorganisationen keine Mitgliedsbeiträge zahlen will. Doch schon wer nur in den Verdacht der Staatsfeindschaft gerät, wen die Gestapo zur "Erziehung" in Schutzhaft nimmt, fällt unter den Par. 615a. Jeder unter dem Hakenkreuz Lebende kann jederzeit in Schutzhaft genommen werden. Ein Geheimerlass vom 12. April 1934, der bis heute nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde, gibt der Gestapo völlig freie Hand. Schutzhaft kann "sowohl den persönlichen Schutz des Betreffenden wie der unbeeinflussten Durchführung von polizeilichen Erhebungen und einer erzieherischen Beeinflussung im Sinne des nationalen Staates dienen... Man wird im allgemeinen auch von vornherein nur selten beurteilen können, wie lange die Schutzhaft dauern wird" (Urteil des Bad. Arbeitsgerichts Pforzheim). Es gibt keine Rechtsmittel gegen die Schutzhaft. Wer verhaftet ist, verliert die Rente. Die Familie des Altersrentners gerät dann in Not, nur auf dem Gnadenwege kann der Frau oder den Kindern ein Teil der Rente zugesprochen werden; aber das geschieht nur, wenn sie als politisch zuverlässiger gelten als der Mann.

Jeder beliebige Gestapobeamte entscheidet auf Grund von Geheimerlassen, wer die Rente, die ihm zugesichert ist, erhält und wie lange sie ausbezahlt werden darf. Die "Sicherheit und Geborgenheit", die Ley den durch den Krieg aufgewühlten Arbeitermassen verspricht, gibt es heute in Deutschland nicht und kann es in einem mit Terror regierten Staate nie geben. Auf Terror kann der Nationalsozialismus nicht verzichten, weil an dem Tage, an dem er den Terror lockern würde, seine Herrschaft zu wanken begänne. Alle Zukunftsversprechungen, die von den Leitern und Nutzniessern der nationalsozialistischen Diktatur gemacht werden, sind deshalb ohne Wert. Recht, Sicherheit und Geborgenheit kann es für die Arbeitenden in Deutschland wie für die Arbeitenden aller Länder, die heute unter einer Diktatur le-

+) Beispiel nach der niedrigsten Lohnklasse berechnet.

ben müssen, nur "nach dem Sieg" geben, aber nicht nach einem Sieg, wie ihn Ley sich erhofft, sondern nur nach einem Sieg der Freiheitsbewegung gegen Nationalsozialismus und Faschismus.

(Für die Red.: "Der Angriff" veröffentlichte die Artikel Dr. Leys am 24.X., 31.X., 14.XI., 21.XI., 5.XII. und 12.XII.1940. - "Münchener Neueste Nachrichten", 24.XI.40.; Goebbels-Gutachten: "Deutsche Volkswirtschaft", 4. Quartal 1932; Altersversorgung s. "Faschismus", u.a. 5.II.38. und 2. III.41.)

Nazis und Unternehmer

(ITF) Zwei der höchsten Beamten des Dritten Reiches haben sich um die Jahreswende zur offiziellen Politik der Nationalsozialisten gegenüber den Unternehmern geäußert, Dr. Landfried, der leitende Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Körner, der Staatssekretär im Goerings Vierjahresplan-Direktorium.

Der Sprecher des Nazi-Wirtschaftsministeriums rät den Unternehmern, die Kriegswirtschaftsmassnahmen nicht für programmatische Nazipolitik zu halten. "Der tatkräftige Unternehmer musste sich durch das Gestrüpp der zahlreichen Verarbeitungs- und Kontingentierungsvorschriften hindurcharbeiten", seine schöpferische Initiative habe zwar "durch die Kriegswirtschaft eine Einengung erfahren. Es wäre aber falsch, daraus den Schluss zu ziehen, dass diese kriegsbedingten Erscheinungen eine Auswirkung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik als solcher seien". Zwar hat heute "die nationalsozialistische Wirtschaftsführung den Unternehmer aus seiner zentralen Stellung verdrängt. Herr der Wirtschaft ist mit aller Eindeutigkeit und ohne Einschränkung der Staat. Er erkennt ein Eigenleben der Wirtschaft im liberalen Sinn nicht an".

"Aber der nationalsozialistische Staat ist auch entschlossen, die eigene wirtschaftliche Betätigung und die Reglementierung der Unternehmerschaft nur soweit auszudehnen, wie unbedingt nötig... Der Staat will deshalb der schöpferischen Unternehmerinitiative ein möglichst breites Feld erhalten und das Seine ^{daran} zu tun, ihr neue Gebiete zu eröffnen. Unternehmerinitiative ist heute, um es schlagwortartig auszudrücken, nicht mehr Richtungsinitiative sondern Durchführungsinitiative".

Die Nazidiktatur nimmt dem Unternehmer das private Wirtschaftsrisiko, aber garantiert ihm den Profit; "Der Nationalsozialismus hat Privateigentum und ein durch Stolz auf eigene Leistung begründetes, nicht selbstsüchtiges Gewinnstreben als notwendig und berechtigt ausdrücklich anerkannt".

"Gegen die Wirkungen der Wirtschaftspolitik und der Konjunkturbewegung fremder Länder gewährt der Staat heute den denkbar stärksten Schutz. Mehr, er hat den deutschen Unternehmer auch befreit um die Sorge um die innerdeutsche Konjunktur". Und vor allem: "der Nationalsozialismus hat den Unternehmer wieder zum Betriebsführer gemacht" - Betriebsführer, d.h. "Herr im Hause".

Aehnlich hat Görings Staatssekretär den Wiener Industriellen erklärt: "Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik strebt keine Ausschaltung, sondern eine Aktivierung des deutschen Unternehmertums an".

Winschuh, der zurzeit massgebende deutsche Wirtschaftsjournalist, ergänzte die Versicherung Körners: "Bemerkenswert ist (in Deutschland) die starke 'Osiose' (hier: Verfilzung) zwischen staatlichem Lenkungsapparat und Unternehmertum, bei dem das Unternehmerprinzip nicht schlecht abschneidet. Auf der einen Seite sind staatliche Stellen tief in die Selbstverwaltung der Unternehmer eingedrungen, aber diese Entwicklung dürfte eines Tages eine Korrektur erfahren. Andererseits ist das Unternehmerprinzip tief in die Eigenbetriebe des Staates eingedrungen". Und Muthesius, einer der Sprecher der Ruhrindustrie, erinnert die Unternehmer daran, dass ihnen als Lohn für ihr Unterordnen unter Nazi-Führung, Europa zur Plünderung freigegeben wird, "dass Deutschlands Industrie künftig in noch höherem Masse als bisher die Rolle einer europäischen Investitionszentrale und, im ehrlichen Wettstreit mit den U.S.A., darüber hinaus die Rolle einer Welt-Investitionszentrale wird spielen können."

(Für die Red.: Landfried, Muthesius: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 31. XII.40.; Körner: Wien, 15.I.41.; Winschuh: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 19.I.41.)

Das Reich der Millionäre

(ITF) Das Berliner Statistische Reichsamt berichtet: In 20,6 Milliarden RM Gesamtkapital der deutschen Aktiengesellschaften teilten sich Ende 1933 9.148 Aktiengesellschaften. Ende 1939 teilten sich in ein Gesamtkapital von 20,3 Milliarden 5.353 Gesellschaften. Das Durchschnittskapital der deutschen Aktiengesellschaften ist von 2,2 auf 3,8 Millionen gestiegen. - Die Aktiengesellschaften sind miteinander verflochten. Ein Kreis von ~~wenigen~~ 100 Menschen kontrolliert die deutsche Wirtschaft.

(Für die Red.: "Wirtschaft und Statistik", 1. Novemberheft 1940.)

'Neues Europa'

(ITF) Nazi-Deutschland ist imstande, "seinen Anspruch der politischen Führung mit dem Einsatz von Kenntnissen und wirtschaftlichen Leistungen zu verknüpfen" ("Deutsche Allgemeine Zeitung").

"Technische Leistungen": "Ueberall, wo Lager von Vorräten und Fertigwaren aufgespürt wurden, erschien sofort das Schild: 'Beschlagnahmt vom Armee-Oberkommando'", berichtet "Der deutsche Volkswirt". "Mehrere tausend Maschinen sind (aus Frankreich) bereits nach Deutschland überführt, über 160.000 Tonnen Rohstoffvorräte wurden abtransportiert" ("Der deutsche Volkswirt") - die Arbeitsmöglichkeit für Zehntausende französische Arbeiter.

"Wirtschaftliche Leistungen": "Bei der Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen deutschen und holländischen Unternehmungen, die auf eine Verwertung deutscher Erfahrungen durch holländische Betriebe abzielen, ist manchmal auf deutscher Seite der Wunsch entstanden, als Gegenwert für die zur Verfügung gestellten materiellen Werte das Recht zu erhalten, in Form von Aktien oder Gewinnbeteiligungen bei den betreffenden holländischen Betrieben Einfluss zu bekommen", berichtet der Wirtschaftskommissar Hitlers in Holland (in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung"). Er rät den deutschen Industriellen, taktvoll vorzugehen und auf die Empfindlichkeit der holländischen Industriellen Rücksicht zu nehmen, die fürchten, "dass mit Hilfe der Machtmittel des Staates die wirtschaftlichen Vorteile zugunsten deutscher Unternehmer erzwungen werden sollen, denen die privatwirtschaftliche Fundierung fehlt".

Die privatwirtschaftliche Fundierung solle dem staatlichen Druck vorausgehen, damit der Schein gewahrt wird.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 31.XII., "Deutscher Volkswirt", 18.X.40.)

Nazi-Sklavenhändler
wollen Ware

(ITF) Berlin hat mit dem zum Kommissar für Sozialangelegenheiten eingesetzten norwegischen Nazi Meidell einen Vertrag über Lieferung von 5.000 norwegischen Arbeitern abgeschlossen. An-

scheinend hat der norwegische Nazi wirklich geglaubt, dass er leicht genügend Freiwillige finden würde. Doch statt 5.000 konnte er (am 15. Januar) nur 500 Arbeiter nach Deutschland senden. Er fuhr nach Berlin, berichtete vom Widerstand der norwegischen Arbeiter und bat, auf Lieferung weiterer Arbeiter zu verzichten. Aber er musste unverrichteter Dinge zurückkehren; Berlin besteht auf seinem Schein. Ende Januar sollte ein zweiter Transport von 500 Arbeitern nach Deutschland abgehen. Da sich aber bis zum 28. Januar in ganz Norwegen nur 100 Arbeiter zur Arbeit nach Deutschland gemeldet hatten, musste der Termin für den Abtransport verschoben werden. Mit grösster Mühe haben die norwegischen Arbeitssklaventreiber Anfang Februar noch einen Transport von 400 Arbeitern nach Deutschland verschiffen können.

In Italien findet Hitler willigere Helfer. Im römischen Rundfunk setzte der Präsident der faschistischen Industriearbeiterorganisation den Arbeitern auseinander, dass sie länger arbeiten müssten, damit weitere Arbeitertrupps in deutsche Industriebetriebe geschickt werden können. - Die italienische Regierung hat Hitler überdies die Lieferung weiterer 60.000 italienischer Landarbeiter versprochen.

(Für die Red.: Radio Rom, 2.II.; Landarbeiter: Radio Breslau, 11.II.41.)

Nazis fürchten
internationale Solidarität

(ITF) Mehr als zwei Millionen ausländischer Arbeiter müssen heute in Deutschland für die Nazi-Kriegsmaschine arbeiten, Italiener, Tschechen und Holländer, Dänen und

Franzosen, Belgier, Bulgaren, Jugoslawen. Die Nazis wollen verhindern, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Nationen sich untereinander verständigen. Hitlers Arbeitsminister hat bekanntgegeben, dass er es "aus Gründen der Betreuung und anderen (!) Gesichtspunkten für unerlässlich hält, dass der getrennte Einsatz (der ausländischen Arbeiter) nach dem Volkstum schleunigst durchgeführt wird" (- meldet der Prager "Neue Tag" am 10.I.41.).

Deutsche Lohnpolitik
in Belgien

(ITF) Bei der deutschen Kommandantur in Brüssel ist ein besonderes Kommissariat für Preise und Löhne eingesetzt worden. Der Leiter des Kommissariats, ein Dr. Paul F. Beeckmann, ist "be-

rechtigt, von sich aus Preise und Löhne verbindlich zu bestimmen". Er gewährt Arbeitern, deren Arbeit für die deutschen Besatzungen von Bedeutung

ist, eine Zulage, Arbeitergruppen, die man lieber in Deutschland arbeiten lässt, werden knapp gehalten, damit sie sich unter dem Druck der Not eher zur Arbeit in Deutschland bereit finden.

Um diesen Lohnrück leichter anwenden zu können, haben die Nazis jetzt in Belgien ein neues Lohnsystem eingeführt. Künftig erhalten nur noch Facharbeiter mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung den Spitzenlohn. Alle angelernten Arbeiter werden einer besonderen Lohnklasse eingereiht. Die Entlohnung in beiden Lohnklassen ist nach 8 Altersgruppen abgestuft. Die unterste Lohnklasse umfasst Jungarbeiter zwischen 14 und 21 Jahren.

Das Ende der holländischen Gewerkschaftspresse

zum kommissarischen Leiter der freigewerkschaftlichen Landeszentrale ernannte holländische Nazi hat angeordnet, dass nur noch seine Zentrale ein Blatt herausgeben darf. In diesem zentralen Wochenblatt "Arbeit" werden den einzelnen Verbänden einige Spalten für Organisationsangelegenheiten eingeräumt.

Arbeitsfront in Luxemburg

(ITF) In Luxemburg wurde (am 20. Januar) eine Sektion der Deutschen Arbeitsfront errichtet. Die Arbeitsfront teilt mit, dass ihr 90.000 luxemburgische Arbeiter und Angestellte Beiträge zahlen müssen.

Löhne in Frankreich

(ITF) Der Arbeitsminister Vichys hat die Unternehmer daran erinnern lassen, dass sie die Löhne nicht willkürlich kürzen dürfen, dass vielmehr die Gesetze vom 10. November 1939 und 19. August 1940, die die Löhne auf den Stand bei Kriegsbeginn (1.IX.39) stabilisierten, noch gelten. Der Sprecher des Arbeitsministeriums im Lyoner Rundfunk gab zu, dass Arbeiter mit diesem Lohnstopp nicht zufrieden sind und Teuerungszulagen erwarten. "Lohnstopp mag im Prinzip ganz gut sein, werdet Ihr vielleicht sagen, aber müsste nicht eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Zulage bewilligt werden, d.h. müssten einige Löhne nicht erhöht werden? - Für Ausnahmefälle hat die Regierung die Möglichkeit einer Lohnänderung vorgesehen. Aber nur der Arbeitsminister darf, im Einvernehmen mit dem Finanzminister, Löhne ändern. Die Arbeitsinspektoren können das provisorisch tun, aber sie müssen die Genehmigung des Ministers abwarten, bevor sie endgültige Regelungen treffen können. Wenn Arbeitern die Löhne gekürzt wurden, haben sie das Recht, die ihnen noch zustehende Summe zu verlangen; lässt sich das mit dem Unternehmer nicht freundschaftlich regeln, so sollen die Arbeiter sich sofort an die Arbeitsinspektion wenden".

Die Vichy-Regierung bestätigt damit, dass die Unternehmer ihre jetzige nach Belins eigenen Worten "noch nie dagewesene Machtfülle" dazu ausgenutzt haben, trotz bestehender Gesetze die Löhne zu senken. Der schwache Staat hat die Arbeiter nicht geschützt. Und bei der Massenarbeitslosigkeit im besiegten Frankreich werden die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung nur selten wagen, den ihnen bisher vorenthaltenen Lohnanteil einzuklagen. Nur das Verbot der Zahlung von Teuerungszulagen - das wird durchgeführt werden.

(Für die Red.: Radio Lyon, 8.II.41.; Lohnstopp: Gesetze vom 10.XI.39 und 19.VIII.40.; "Faschismus", 30.XI.40.)

Wer keinen Nazi-Bürgermeister will, soll frieren

(ITF) In Belgien durften auf Anordnung der deutschen Behörden zwischen dem 25. Dezember und 1. Januar weder Kleider noch Schuhe verkauft werden. Seit dem 1. Januar erhält man Kleidung und Schuhe nur auf Bezugsschein. Zunächst wurde die Einführung von Kleiderkarten nach deutschem Muster angekündigt. Aber dann benutzten die deutschen Behörden den Textilrohstoffmangel zu einer politischen Erpressung. Sie erklärten durch die Agentur Belga, eine reichlichere Versorgung auf Grund von Punktkarten wie in Deutschland sei unmöglich, solange die belgischen Gemeinden nicht von Nazis verwaltet werden.

"Das Punktsystem kann nur von einer Behörde angewandt werden, die vom Geist der Ordnung und Organisation zutiefst durchdrungen ist." Das Punktsystem "erfordert Verwaltungseigenschaften, über die bis jetzt die (heutigen) Gemeindebehörden nicht verfügen". - Wer keinen Nazi-Bürgermeister will, soll frieren.

Berlin nimmt dänischen
Kindern Milch

(ITF) Berlin bietet dänischen Bauern für nach Deutschland gelieferte Butter weit höhere Preise als sie in Dänemark gezahlt werden. Im letzten Quartal 1940 zahlte Berlin für 100 kg dänische Butter 450 Kr., fast das Doppelte des Vorkriegspreises von 240 Kr., 119% mehr als im Vorjahr. Durch den Futtermittelmangel war die Milcherzeugung schon fühlbar zurückgegangen. Die deutsche Preispolitik veranlasste viele Bauern, die Trinkmilch-Lieferung weiter einzuschränken und lieber Butter nach Deutschland zu liefern. Die Milchzufuhr nach Kopenhagen ist um 1/3 gesunken, aber Berlin erhält dänische Butter.

Die dänische Regierung muss dem Treiben zusehen, denn Dänemark ist heute Deutschland wehrlos ausgeliefert. "Dänemark ist heute... auf den Export nach Deutschland angewiesen. Deutschland (aber) ist nicht darauf angewiesen, die in Dänemark notwendigen Einfuhrwaren an Dänemark zu liefern", schreibt der dänische Reeder Albert Jensen in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung". Die dänische Regierung muss einen Hungerexport nach Deutschland dulden, aber Dänemark erhält nicht einmal die als Gegenleistung versprochene Kohle: "Dänemark ist auf deutsche Kohle angewiesen. Dänemark liefert gern Lebensmittelüberschüsse an Deutschland und legt sich Beschränkungen auf. Aber als Gegenleistung erwartet der Bauer, der Fischer und der Industrielle ausreichende Brandstoffe für Haus und Hof". "Dänische Arbeiter haben sich bereit erklärt, in den deutschen Kohlenzechen zu arbeiten". Trotzdem liefert Berlin nur einen Teil der versprochenen Kohle. Dänemark muss liefern, Deutschland liefert nicht... "Unser kleines Land ist ein bedeutender Gläubiger des grossen Deutschen Reiches geworden", schreibt der dänische Reeder.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 31.XII.40.)

Deutsche Soldaten essen
holländischen und französischen
Kindern die Schokolade fort

(ITF) Die deutsche Schokoladenindustrie hat bei Kriegsausbruch ihre Erzeugung erheblich einschränken müssen. Ihre Rohstoffe gingen zur Neige. "Aber", berichtet der Berliner "Lokalanzeiger", "deutsche Bestände konnten späterhin aus holländischen und französischen Vorräten ergänzt werden. Da die Versorgung der Besatzungstruppen gleichfalls aus diesen Quellen erfolgt, hat die zivile Versorgung im Reich eine fühlbare Entlastung erfahren" - auf Kosten der Versorgung der Kinder in Frankreich und Holland.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 31.XII.40.; Berliner "Lokalanzeiger", 4.I.41.)

Wie Holland geplündert wird

(ITF) Holland ist heute für Deutschland einer der bedeutendsten Lieferanten von Industrieprodukten, berichtet der Leiter der "Zentralen Auftragsstelle" für deutsche Aufträge an die holländische Industrie. Holland muss Maschinen, Pumpen, Motore, Glühbirnen, Radioapparate etc. liefern. Deutsche Bücher werden in Holland gedruckt. "Die deutsche Industrie sieht es natürlich gern, dass während dieses Krieges die holländische Industrie eine Reihe Aufträge übernimmt". Denn die Übernahme eines Teiles/zivilen Produktion durch Holland ermöglicht die Ausweitung der deutschen Kriegsproduktion.

Zunächst mussten die Rohstoffvorräte der holländischen Industrie für deutsche Aufträge verwandt werden. "In der ersten Zeit wurde natürlich(!) von den hiesigen Vorräten Gebrauch gemacht". Erst als die Vorräte zur Neige gingen, "im Herbst des vergangenen Jahres ist Deutschland dazu übergegangen, zur Ausführung der hier (in Holland) vergebenen Aufträge Rohstoffe zur Verfügung zu stellen".

Die Aufträge werden über Clearing bezahlt, die Nederlandsche Bank bezahlt den Lieferanten und kann dann darauf warten, dass Deutschland vielleicht eines Tages das Konto ausgleicht.

(Für die Red.: Radio Hilversum, 13.II.41.)

Einzigste Hoffnung -
Schluss damit!

(ITF) Die Newyorker "Parola" veröffentlichte folgenden Brief aus Italien: "Vater hat immer Hunger, nur am Sonntag kann er sich satt essen. Wir haben Geld, wirklich, aber man kann nicht zu essen kaufen, was man haben will. Alles ist rationiert, aber oft besagt die Karte nichts, denn die Händler wissen nicht, wie sie den Kartenbesitzern Ware beschaffen sollen.

Unsere einzige Hoffnung ist, dass mit alle dem bald Schluss ist".

Vielleicht, schreibt "la Parola", "hat der Zensor diesen Satz passieren lassen, weil auch er Hunger hatte".

Ueberlastung des holländischen Lokomotivpersonals

(ITF) Die Direktion der holländischen Eisenbahnen sah sich veranlasst, für Maschinisten und Heizer, die länger als 14 Stunden (!) fahren müssen, Stamppot-

Konserven auszugeben. (Stamppot ist eine Art Irish stew.) Die Konserven sollen auf der Lokomotive gewärmt werden.

Man muss 40 Jahre in der Geschichte der holländischen Eisenbahner zurückgreifen, um 14-stündige Dienstschichten des Lokomotivpersonals zu finden.

Erwerbslose Autobuschauffeure

(ITF) Von den 3.600 Autobussen, die vor dem Krieg in Paris fahren, verkehren nur noch 600. Die Untergrundbahnen übernahmen 4.000 erwerbslose Autobusführer und -Schaffner; 11.000 gehen stempeln.

Zar Hitler

Deutschland - das neue Sibirien

(ITF) Zum ersten Mal seit dem Sturz des Zarismus sind politische Gefangene wieder aus Skandinavien verschleppt worden. Vor 3 Jahrzehnten liess die zaristische Regierung politische Gefangene aus Finnland nach Russland überführen. Heute lässt Hitler politische Gefangene aus Norwegen nach Deutschland verschiffen.

"Deutsche Armee - unerschütterliche Säule der europäischen Reaktion"

(ITF) Den Franzosen setzt Graf Pückler in der offiziellen "Deutschen Allgemeinen Zeitung" auseinander: "Kein Deutscher verlangt, dass die besiegten Franzosen die siegreichen Deutschen lieben sollen". Aber... "Die deut-

sche Wehrmacht hat Anarchie und Chaos in Frankreich verhindert und zwar nicht nur die Anarchie, die im gewöhnlichen Verlauf der Dinge einen geschlagenen Volke droht, sondern eine Revolution, deren Wurzel viel weiter zurückliegen. Der Geist der Revolte ist im Monat Juni tatsächlich umgegangen. Was sich damals abgespielt hat, war nicht nur eine militärische Niederlage, sondern, durch sie verdeckt, eine regelrechte Revolte der grossen Volksmassen gegen die regierenden Schichten und gegen das herrschende System...

Wenn die deutsche Wehrmacht nicht da gewesen und da geblieben wäre, wer hätte der Massen Herr werden sollen? Das französische Heer hätte sich nicht gegen sie gewendet; denn in den Reihen dieses Heeres befanden sich gerade die Träger dieses Geistes der Revolte... Der Geist der Revolte liess sich damals in Frankreich mit Händen greifen. Sie wäre sicherlich mit allen ihren verheerenden Folgen ausgebrochen, wenn nicht die deutsche Armee als unerschütterliche Säule das Gebäude Frankreich aufrechterhalten hätte... Eine neue Regierung ist mit ausreichender Machtvollkommenheit eingesetzt worden. Die Armee des ehemaligen Gegners garantiert die innere Ordnung". -

Es ist einer der Treppenwitze der Weltgeschichte, dass ausgerechnet die Nachfolger des Zarismus durch ihren Pakt mit Berlin es Hitler ermöglichen, die zaristische Tradition der Unterstützung der europäischen Reaktion wieder aufzunehmen.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 5.I.41.)

Nazi-Arbeiterschutz: Kran-Haken brechen wie Glas

(ITF) Der schwerindustriellen Zeitschrift "Stahl und Eisen", entnehmen wir folgende Schilderung eines deutschen Betriebsingenieurs als neuen Beweis dafür, wie bedenken-

los Industrielle im Reich der "Volksgemeinschaft" mit Arbeiterleben spielen: "Anlässlich eines Kranhakenbruches haben wir sämtliche Kranhaken der Hütte einer analytischen Untersuchung unterworfen und sind dabei zu erschreckenden Ergebnissen gelangt: Wir haben u.a. festgestellt, dass selbst von massgebenden Kranbaufirmen gelieferte Krane zum Teil mit aus unberuhigtem Thomasstahl angefertigte Haken versehen waren. Ein 60-to-Haken eines Vorfrisch-Kranes... war (beim Probezug) im gefährlichen Querschnitt wie Glas zerbrochen. Die angestellten Untersuchungen sämtlicher Kranhaken hatten zur Folge, dass 35% (!) ausgewechselt werden mussten! Jeder dritte Kranhaken war aus ungeeignetem Material!

(Für die Red.: "Stahl und Eisen", 17.X.40. S. 933. - Nur Haken aus alterungsbeständigem Siemens-Martinstahl hätten sich bewährt. - An derartigen Kränen lässt man in Deutschland Frauen arbeiten. S. "Faschismus", 30. XI.40.)

Lohnbewegungen
in Deutschland

(ITF) Deutsche Arbeiter setzen trotz Lohnerhöhungsverbot durch Lagersam-Arbeiten Teuerungszulagen durch. Böse schreibt der "Deutsche Volkswirt": "Des öfteren scheinen Betriebsführer, nicht zuletzt solche der öffentlichen Hand (!) dazu zu neigen, vor dem Druck dringlicher Aufträge und Leistungsverpflichtungen allzuleicht zu einer mehr als liberalen Steigerung der Leistungszuschläge ihre Zuflucht zu nehmen". - (Für die Red.: "Deutscher Volkswirt", 15.XI.40.)

Deutsche Zwangsarbeiter
desertieren

(ITF) So viele der zur Zwangsarbeit an für Hitlers Krieg wichtigen Baustellen verschleppten deutschen Arbeiter desertieren, dass die termingemässe Fertigstellung mancher Bauten in Frage gestellt ist, berichtet das Deutsche Nachrichtenbüro: "Der Reichsminister rügt eindringlich, dass dienstverpflichtete Arbeiter, die in anderen Bezirken für dringliche Bauten eingesetzt wurden, ohne Entpflichtung (d.h.: ohne aus der Zwangsarbeit entlassen zu sein) nach Hause führen und vor dort aus Betriebsführer oder Bauleitungen um Zusendung der zurückgelassenen Papiere ersuchten, wodurch das Arbeitsamt vielfach überhaupt erst von der Arbeitsniederlegung erfuhr..."

Eine unberechtigte Abwanderung (zur Zwangsarbeit) Dienstverpflichteter von kriegswichtigen Bauvorhaben vor Ablauf der Dienstverpflichtung gefährdet deren terminmässige Fertigstellung". Da Hitlers Arbeitsminister allmählich gemerkt hat, dass die Arbeitsklaven an der fristmässigen Fertigstellung für den Nazi-Krieg wichtiger Bauten genau so wenig interessiert sind wie an Hitlers Weltherrschaftsplänen, verzichtet er auf einen Appell an den Patriotismus und verlangt scharfe Massnahmen: desertierende Zwangsarbeiter sollen an den Zwangsarbeitsplatz zurückgeschleppt werden; "bei unberechtigter Abwanderung sind die Dienstverpflichteten wieder in den Verpflichtungsbetrieb zurückzuführen". Besonders Widerspenstige werden eingesperrt: "gegebenenfalls sind die Strafbestimmungen anzuwenden".

Selbsthilfe
deutscher Arbeiterinnen

(ITF) Viele der Mädchen, die seit Kriegsbeginn in deutsche Rüstungsbetriebe einberufen wurden, arbeiten nur widerwillig, beschwert sich die führende Wirtschaftszeitschrift des Dritten Reiches, "Der deutsche Volkswirt". Die Eltern helfen dem Staat nicht, den Widerstand der Mädchen zu brechen. "Man hat dabei hier und da (?) den Eindruck, dass bei den Jüngeren das Elternhaus nicht immer den richtigen Gebrauch von seiner erzieherischen Autorität macht".

Die erwachsenen Frauen wehren sich weiter gegen Ueberarbeit für Hitlers Kriegsmaschine. "Der deutsche Volkswirt" rät den Unternehmern, den Frauen bei der Regelung der Arbeitszeit so weit als möglich entgegenzukommen. Erfahrung habe gelehrt, dass die Frauen sich nicht so leicht kommandieren lassen. Eine unzureichende Arbeitszeitregelung "drängt die Frauen leicht auf den Weg der Selbsthilfe, was naturgemäss in jeder Hinsicht unerwünscht ist".

Die deutschen Arbeiterinnen müssen sich nicht nur gegen Ueberarbeit wehren, sondern auch gegen Lohndruck. Im Sommer 1940 hatte das Arbeitsministerium den Akkordarbeiterinnen zusichern müssen, dass sie bei Männerarbeit Anspruch auf Männerlohn haben. Eine Reihe Unternehmer aber haben "von diesem Erlass noch keine Notiz genommen", berichtet der "Volkswirt". Die Unternehmer wissen, dass viele Sozialgesetze heute in Deutschland nur auf dem Papier stehen und tun, was sie wollen; die Arbeiterinnen wissen, dass der "starke" Staat sie unzureichend schützt, sie greifen zur Selbsthilfe und, wie die Klage des Unternehmerorgans beweist, mit einigem Erfolg.

(Für die Red.: "Der deutsche Volkswirt", 15.XI.40.; "Faschismus", 5.X.40)

Arbeitsklaven brauchen
nichts zu lernen

"Wir (Nazis) werden der breiten Masse des untersten Standes die Wohltat des Analphabetismus zuteil werden lassen." - Adolf Hitler

(ITF) Deutsche Arbeiterkinder sollen nur soviel lernen, dass sie gerade noch in der Lage sind, in Industrie und Armee ihren Platz auszufüllen. Erziehung zum Denken scheint den Nazis gefährlich. Trotz aller Proteste der Lehrer hat Dr. Ley deshalb die Möglichkeit bekommen, seine Versuche, die Volksschulzeit um zwei Jahre zu kürzen, fortzusetzen. Schon während der Vorbereitung zum Ueberfall auf die Tschechoslowakei hatte Ley vorgeschlagen, "im 8 Schuljahr müsse bereits mit Sammel-Lehrwerkstätten der Schuljugend begonnen werden," um später die Lehrzeit der ~~Schul-~~ kürzen zu können. Er hat in etwa 2.500 Volksschulen mit der "Einfachstschulung" begonnen lassen. "Die Jungen müssen mit den primitivsten Werkzeugen die verschiedenen Werkstoffe bearbeiten". Industrie und Armee haben gegen diesen

plan protestiert; die "Kölnische Zeitung" wagte, sich offen gegen den Ley-plan zu wenden: "Der hier verfolgte Plan will das 7. und 8. Volksschuljahr einsparen, um die zwei Jahre für eine notwendig gehaltene Berufsschulung freizubekommen. Man übersieht aber hierbei, dass das geistige, körperliche und seelische Wachstum der Jugend von einem bestimmten Lebensalter abhängig ist. Es ist sehr fraglich, ob ein dreizehnjähriger Junge für die hier von ihm verlangte, einseitig betonte manuelle Arbeit auch nur das geringste Verständnis aufbringen kann. Zudem fehlt noch der Beweis, dass durch die Beschäftigung mit Holz und Eisen die Anlagen und Fähigkeiten der meisten Schüler am sichersten erkannt werden können. Ein Versuch der mit der Einfachstschulung 1936 in Hessen - allerdings mit schulentlassenen Jugendlichen, die noch nicht in Lehrstellen untergebracht waren, durchgeführt wurde - hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt".

"Wenn jetzt bereits Wehrmacht und Wirtschaft über einen Leistungsrückgang der Schulen klagen, so darf wohl angenommen werden, dass diese Klagen dann noch stärker zu hören sind, wenn das 7. und 8. Schuljahr ausschliesslich für die Berufsbildung in Anspruch genommen wird."

Dr. Ley wird trotz der Proteste von Industrie und Armee seine Versuche zur Verschlechterung des Volksschulwesens fortsetzen. Denn er weiss, dass Hitler jeder Verschlechterung des Volksschulunterrichts zustimmen wird.

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 29.I.41.; Ley-Rede: "Frankfurter Zeitung", 2. und 3.XI.38.; Hitler: Sommer 1932 zum Danziger Senatspräsidenten Rauschning.)

Wo bleibt das Geld der Deutschen Arbeitsfront?

(ITF) Sendungen des Londoner Rundfunks finden in Deutschland trotz Verbot so viel Hörer, dass sich die Naziführung gezwungen sieht, mit Londoner Rundfunksendungen zu diskutieren. Diese Diskussionen sind nicht nur unfreiwillige Propaganda für die verbotenen Sendungen, gelegentlich lassen sich Naziführer in ihrem Eifer bei derartigen Auseinandersetzungen dazu hinreissen, aus der Schule zu plaudern. Einer solchen Auseinandersetzung verdanken wir die erste Mitteilung über die Finanzen der Deutschen Arbeitsfront seit 3 1/2 Jahren.

Seit dem Nazi-Parteitag im September 1937 hatte die Arbeitsfront verheimlicht, welche Millionensummen sie den deutschen Arbeitern abknöpfte. Damals hatte Ley mitgeteilt, die Arbeitsfront kassiere im Monatsdurchschnitt 32 Millionen Mark an Beiträgen ein. In deutschen Betrieben hatte man sich lebhaft darüber unterhalten, welcher Teil dieser 384 Millionen in die Tasche der 30.000 Arbeitsfrontsbonzen flossen, deren Anstellung Ley gleichzeitig zugegeben hatte, und welche Millionenbeträge Hitler für die Kriegsvorbereitungen beschlagnahmte. In vielen Betrieben hatten die Arbeitsfrontfunktionäre einen schweren Stand. Seitdem hat die Arbeitsfront ängstlich vermieden, mitzuteilen, was sie an Beiträgen einnahm und wofür sie das Geld ausgibt. Doch in einem Schimpfartikel gegen die B.B.C. hat Dr. Ley jetzt im "Angriff" einiges mitgeteilt: die Arbeitsfront habe Mitte 1939 monatlich etwa 46 Millionen einkassiert; in den ersten drei Monaten des Krieges seien die Einnahmen dann bis auf 38 Millionen zurückgegangen (- eine Folge der Kurzarbeit und der Stilllegungen -). Ende 1940 hätte die Arbeitsfront aber wieder 50 Millionen im Monat kassiert.

Was mit dem Geld geschehen ist, hat Ley vorsichtig verschwiegen. Man weiss, dass mit dem Geld der Arbeitsfront in Norwegen Kasinos für deutsche Offiziere eingerichtet und dass im Volkswagenwerk Flugzeugmotoren und Armeeaufzüge fabriziert werden. Man weiss, dass die Arbeitsfront fast 17 1/2 Millionen Mark zur Erweiterung der U-Bootbauten beschäftigten Vulkanwerft in Stettin zur Verfügung stellte. Wo der Rest der 5-600 Millionen blieb, bleibt Ley's grosses Geheimnis.

Lohnabzug für U-Bootbau - Dr. Ley behauptet, dass die der DAF Monat für Monat gezahlten Millionen völlig freiwillig geleistete Beiträge und damit ein Beweis für die prächtige Stimmung der deutschen Arbeiter seien. Er weiss natürlich so genau wie jeder deutsche Arbeiter, dass DAF-Beiträge Zwangsbeiträge sind. Nicht umsonst hat die DAF arrangiert, dass die meisten deutschen Betriebe Arbeiter und Angestellte, die dagegen protestieren, dass ihnen das Lohnbüro den DAF-Beitrag gleich vom Lohn abzieht, entlassen und der Gestapo denunzieren. Nicht umsonst hat die DAF erreicht, dass das höchste deutsche Arbeitsgericht ausdrücklich festlegte, dass die Zahlung der "Pflichtbeiträge für die DAF... für jeden Gefolgsmann eine Notwendigkeit darstellt, der er sich nicht entziehen kann und darf. Wenn die Arbeiter die DAF als ihre Organisation betrachten würden, wären derartige Zwangsmassnahmen unnötig. Nicht dass Millionenbeiträge zusammenkommen, sondern dass nach 8 Jahren immer noch derartige Zwangsmassnahmen nötig sind, um der DAF zu ihren Millionen zu verhelfen, ist ein Zeichen für die wirkliche Stimmung der deutschen Arbeiter.

(Für die Red.: Reichsarbeitsgericht, Urteil vom 19.VIII.39.)